



SICHERHEITS  
KULTUR  
IM WANDEL



Working Paper 1 | 2010

Christopher Daase

# Der erweiterte Sicherheitsbegriff

## **Impressum**

Christopher Daase

Der erweiterte Sicherheitsbegriff

Working Paper 1 | 2010

[<http://www.sicherheitskultur.org/WorkingPapers/01-Daase.pdf>]

Herausgegeben vom Projekt

## **Sicherheitskultur im Wandel**

an der Goethe-Universität Frankfurt

Arbeitsbereich Internationale Organisation

Senckenberganlage 31

60325 Frankfurt am Main

[info@securityculture.org](mailto:info@securityculture.org)



## EINLEITUNG

Sicherheit ist zum zentralen Wertbegriff moderner – und postmoderner – Gesellschaften geworden, zum Goldstandard des Politischen, wenn man so will.<sup>1</sup> Das war nicht immer so. In der internationalen Politik konkurrierten lange die Begriffe „Frieden“ und „Sicherheit“ um den Vorrang in Strategiedebatten und Parteiprogrammen. Heute ist „globale Sicherheit“ ein unbestrittener Wert, und von Frieden ist nur noch in Sonntagsreden die Rede. Auch in der Entwicklungspolitik wird heute dort, wo früher die Überwindung der Not als Friedensziel galt, von „menschlicher Sicherheit“ gesprochen. Und wer sich mit Fragen innergesellschaftlicher Wohlfahrt beschäftigt, tut gut daran, von Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Sicherung und Sicherheit der Renten zu sprechen.

Trotz der Allgegenwart des Sicherheitsbegriffs ist seine Bedeutung vager denn je. Das kann nicht verwundern, sind es doch gerade die „evaluativen Begriffe“, also diejenigen, die gesellschaftliche Werte ausdrücken, die mehrdeutig und umstritten sind. Häufig sind sie sogar „grundsätzlich umstritten“ (*essentially contested*), weil sie zum Schauplatz gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Auseinandersetzungen werden (Gallie 1956; Connolly 1974: 10-44). Die Debatte, was „Sicherheit“ ist, ist folglich nicht bloß ein „Streit um Worte“ (Lübbe 1975), sondern ein Streit um politische Inhalte und Strategien, diese Inhalte durchzusetzen. Wer die Deutungshoheit über den Begriff „Sicherheit“ erlangt, bestimmt, welche Gefahren wahrgenommen werden, welche Themen Priorität erhalten und welche Strategien als angemessen angesehen werden (Daase 1993: 45). Der Streit um den Sicherheitsbegriff und seine allmähliche Erweiterung ist deshalb ein gutes Beispiel dafür, wie man mit Worten handelt und wie mit Sprache Politik betrieben wird (Austin 1975; Wæver 1989).

Für die Analyse des Zusammenhangs von Sprache und Politik stehen unterschiedliche Methoden zur Verfügung, die alle mehr oder weniger von der „sprachkritischen Wende“ (*linguistic turn*) in der Philosophie und Sozialtheorie inspiriert sind. Für die historische Rekonstruktion politischer Begrifflichkeit, um die es hier geht, sind insbesondere zwei Ansätze von Bedeutung: die Begriffsgeschichte von Reinhard Koselleck und die Theorie begrifflichen Wandels der sog. Cambridge School von Quentin Skinner. Beide Ansätze betonen, dass Sprache im politischen Raum verstanden werden muss. Skinner weist darauf hin, dass

---

<sup>1</sup> Dieser Text ist zuerst erschienen als Daase, Christopher, 2009: Der erweiterte Sicherheitsbegriff, in: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Internationale Politik als Überlebensstrategie. München, S. 137-153.

sich die Bedeutung eines Textes nicht nur aus dem linguistischen Kontext, sondern auch aus dem sozialen Milieu erschließt (Skinner 1989). Mit Hilfe der Austin'schen Sprechakttheorie versteht er Sprache, Texte und Begriffe als Handlungen und macht so Sprachwandel als politischen Wandel verständlich. Ähnlich Koselleck, der in noch stärkerem Maße die Sach- oder Ereignisgeschichte in die Begriffsgeschichte integriert (Koselleck 1979). Der relevante interpretative Kontext, in dem politische Begriffe wie „Sicherheit“ verstanden werden müssen, ist demnach der politische, soziale und ökonomische genauso wie der linguistische und intellektuelle Kontext.

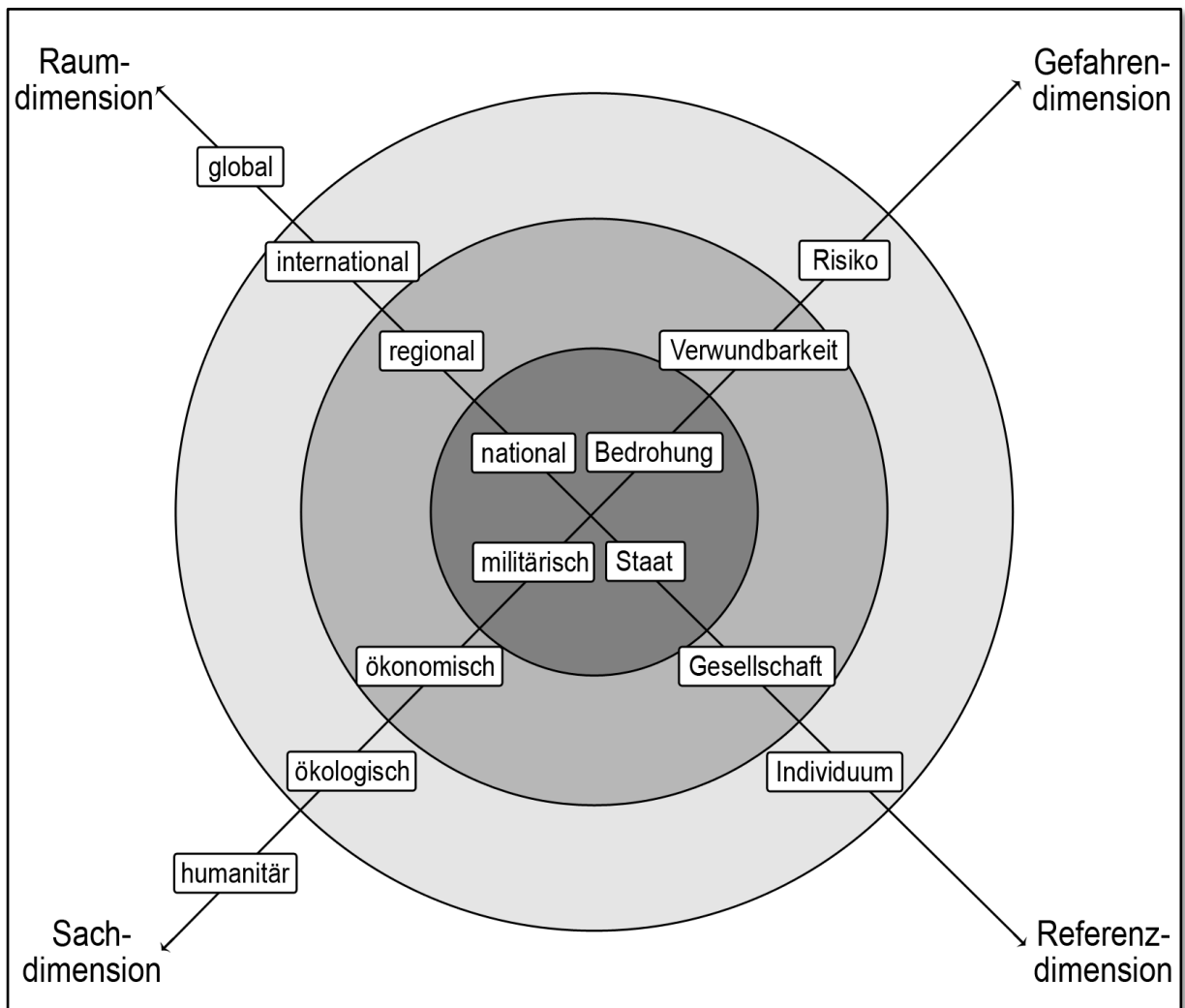
Wenn es im Folgenden um die historische Rekonstruktion der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis heute geht, dann ist hier weder beabsichtigt, einen eigenen Sicherheitsbegriff zu entwickeln, noch die „wahre Bedeutung“ von Sicherheit zu entdecken oder bestimmte Formen der „Versicherheitlichung“ (Wæver 1995) zu kritisieren. Vielmehr kommt es darauf an, den Prozess der begrifflichen Erweiterung in den historischen Kontext zu stellen und ihn als Effekt *und* Ursache politischen Wandels verständlich zu machen.

## DIE ERWEITERUNG DES SICHERHEITSBEGRIFFS

Dabei müssen vier Dimensionen der Erweiterung unterschieden werden. Die erste Dimension betrifft die Sachdimension, also die Frage, in welchem Problembereich die politischen Sicherheitsgefahren gesehen werden. Im Laufe der letzten 50 Jahre sind neben militärischen auch ökonomische und ökologische, zuletzt auch humanitäre Aspekte unter den Sicherheitsbegriff subsumiert worden. Die zweite Dimension betrifft die Referenzdimension, also die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Auch hier hat eine Bedeutungsverschiebung stattgefunden und zwar vom Staat über die Gesellschaft zum Individuum als Referenzobjekt der Sicherheitspolitik. Die dritte Dimension betrifft die Raumdimension, also die Frage, für welches geographische Gebiet Sicherheit angestrebt wird. Hier lässt sich eine Ausdehnung des Verständnisses von Sicherheit feststellen, insofern zunächst von territorialstaatlicher, dann von regionaler und internationaler und schließlich von globaler Sicherheit die Rede war. Die vierte Dimension bezieht sich schließlich auf die Gefahrendimension, also die Frage, wie das Problem konzeptualisiert wird, auf das die Sicherheitspolitik antworten soll. Ist es eine konkrete Bedrohung, die eigene Verwundbarkeit oder sind es diffuse Risiken, die als Herausforderung für die Sicherheitspolitik angesehen werden?

In gewisser Weise hängen diese Dimensionen natürlich zusammen. Während früher mit einem „engen Sicherheitsbegriff“ vor allem die militärische Bedrohung nationaler Territorialität thematisiert wurde, kann heute mit einem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ auch das individuelle Risiko globaler Menschenrechtsverletzungen erfasst werden. Gleichzeitig lassen sich Sicherheitsaspekte aber auch kombinieren, so dass etwa die regionale Verwundbarkeit von Staaten angesichts ökologischer Katastrophen oder die Risiken globaler Wirtschaftskrisen für das Wohlergehen der Menschen in den Blick genommen werden können. Das deutet darauf hin, dass die genannten Dimensionen hinreichend unabhängig voneinander sind, so dass sie im weiteren Verlauf der Untersuchung separat analysiert werden können.

**Abbildung 1: Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs (eigene Darstellung)**



Ausgegangen wird dabei von einem engen Sicherheitsbegriff, wie er sich historisch nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte. Es soll aber nicht unterschlagen werden, dass der Sicherheitsbegriff – erstens – bereits eine lange Geschichte in der europäischen Geistesgeschichte hat, und dass – zweitens – schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, insbesondere in

den USA, von „sozialer Sicherheit“ die Rede und die Differenzierung in innere und äußere Sicherheit gebräuchlich war (vgl. Kaufmann 1973). Gleichwohl wurde zu Beginn der 1950er Jahre Sicherheit und Sicherheitspolitik vor allem im Kontext der internationalen Politik diskutiert (vgl. Frei 1977; Krell 1980).

## **Erweiterung der Sachdimension: militärische, ökonomische, ökologische und humanitäre Sicherheit**

Die Sachdimension des Sicherheitsbegriffs bestimmt die Politikbereiche, in denen Gefahren wahrgenommen werden und die Art von Sicherheit, die Sicherheitspolitik gewährleisten soll. Während in den 1950er und 1960er Jahren militärische Gefahren den Sicherheitsdiskurs dominierten, wurden in den 1970er Jahren zunächst wirtschaftliche Probleme integriert, bevor ab Mitte der 1980er Jahre aufgrund zunehmender Umweltzerstörung ökologische Sicherheitsbedrohungen diskutiert wurden. Seit Ende des Kalten Krieges spricht man schließlich verstärkt vom Schutz der Menschenrechte und humanitärer Sicherheit als Aufgabe einer umfassenden Sicherheitspolitik. Dabei ist erkennbar, dass diese Erweiterung einerseits eng mit realgeschichtlichen Situationen und Ereignissen zu tun hat, und dass andererseits die erweiterte Sachdimension auch einen Wandel der Sicherheitspolitik nach sich gezogen hat (Daase 1991a).

### **Militärische Sicherheit**

In den ersten Jahren nach dem Sieg über die Achsenmächte konzentrierte sich die amerikanische Außenpolitik auf die Sicherung ihrer Machtsphäre. George Kennan bezeichnete 1948 den Schutz der nationalen Sicherheit und die Förderung des Wohlstands durch eine zunehmend sichere Umwelt als die zentrale Aufgabe amerikanischer Außenpolitik (vgl. Gaddis 1982: 27). Das implizierte zum einen eine strategische Wirtschaftshilfe – zunächst an die Türkei und Griechenland, dann im Rahmen des Marshallplans für Westeuropa –, um der sowjetischen Expansionspolitik in Europa ökonomisch entgegenzuwirken. Zum anderen erforderte es, dass befreundete Regime auf der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen kommunistische Rivalen militärisch gestärkt würden. Das zentrale Dokument dieser Zeit, das US-Nationale Sicherheitsstrategiepapier NSC-68 aus dem Jahr 1950 identifizierte folglich hinter allen regionalen Konflikten einen global agierenden Weltkommunismus und empfahl zu dessen Eindämmung und Zurückdrängung den Auf- und Ausbau militärischer Stärke.

Mit dem Kalten Krieg hatte sich ein Denken durchgesetzt, das eng mit dem sog. Politischen Realismus verbunden war und die Konsequenzen aus dem Scheitern idealistischer Projekte

wie dem Völkerbund und der Beschwichtigungspolitik (*appeasement*) gegenüber dem Dritten Reich zog (Carr 1939; Morgenthau 1948). Der Kerngedanke dieses Denkens war das sog. Sicherheitsdilemma, das aufgrund einer fehlenden Weltregierung jeden Staat dazu zwingt, militärisch aufzurüsten. Diese Sicherheitserhöhung reduziere allerdings die Sicherheit anderer Staaten, die ihrerseits aufrüsten würden, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten (Herz 1950). Dieser Teufelskreis, so die Vorhersage der Realisten, setze der Kooperation zwischen Staaten enge Grenzen (Jervis 1978) und führe zwangsläufig zu Kriegen im internationalen System (Gilpin 1981). Angesichts dieser Gefahr sei militärische Sicherheit oberstes Gebot der Politik (Waltz 1979).

Die Dringlichkeit des militärischen Sicherheitsdenkens wurde durch die Existenz von Nuklearwaffen unterstrichen. Nachdem das nukleare Monopol der USA Ende der 1940er Jahre von der Sowjetunion gebrochen worden war und sich ein nukleares Patt abzeichnete, mussten neue Strategien der Abschreckung entwickelt werden, um einen Atomkrieg zwischen den Supermächten zu verhindern (Brodie 1959). Das „Gleichgewicht des Schreckens“ (Wohlstetter 1959) schrieb über Jahre hinweg das militärische Sicherheitsdenken fest und ermöglichte erst, als es während der Kuba-Krise 1962 fast zu einem Nuklearkrieg gekommen wäre, eine kooperative Steuerung nuklearer Rüstung (Schelling 1960; Brennan 1961). In den 1960er und 1970er Jahren entwickelte sich folglich die Rüstungskontrolle zu einem der wichtigsten Aspekte der Sicherheitspolitik (Bull 1961; zur Geschichte Goldblat 1996).

Gleichzeitig verlagerte sich der Ost-West-Konflikt auf die Dritte Welt. Die Unterstützung der Sowjetunion für „nationale Befreiungsbewegungen“ wurde in Washington als Kriegserklärung an die Sicherheitsinteressen des Westens verstanden und mit gezielten Maßnahmen zur Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen beantwortet (Halperin 1962; Deitchman 1969). Begrenzte Kriegführung (*limited war*) und Aufstandsbekämpfung (*counterinsurgency*) wurden zu Leitkonzepten der Sicherheitspolitik in den 1960er Jahren. Doch das Scheitern der USA im Vietnamkrieg machte deutlich, dass die USA nicht nur an politischer Selbstüberschätzung, sondern vor allem an einer Überdehnung militärischer Sicherheitsinteressen litten. Der von Präsident Nixon eingeleitete Rückzug aus Vietnam und die Aufnahme von Entspannungsverhandlungen mit der Sowjetunion und China gingen folglich mit der Rückbesinnung auf „vitale Sicherheitsinteressen“ einher.

### Ökonomische Sicherheit

Inzwischen war nämlich durch den Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods und die Ölkrise von 1973 das Bewusstsein gewachsen, dass nicht nur militärische



Bedrohungen, sondern auch andere Gefährdungen den Lebensnerv eines Staates treffen können. Seit Mitte der 1970er Jahre wurden deshalb verstärkt „neue Bedrohungen“ wahrgenommen, die sich nicht nur auf die Verknappung natürlicher Ressourcen, vor allem Öl und andere „strategische Mineralien“, bezogen, sondern auch auf die internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen sowie die Beeinträchtigung des freien Handels durch Protektionismus (Wolf 1977).

Dieser Perspektivwandel ging mit einer graduellen Abkehr vom Politischen Realismus einher, der immer weniger in der Lage zu sein schien, tatsächliche Sicherheitsprobleme zu erfassen. Unter den Bedingungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verflechtung (*interdependence*) sei nicht die militärische Macht und Sicherheit von Staaten, sondern die wirtschaftliche Sicherheit und der Wohlstand von Gesellschaften das Ziel der Politik (Keohane/Nye 1977). Richard Ullman begründete die Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs mit einer Neudefinition der Bedrohung: „Eine Bedrohung der nationalen Sicherheit ist eine Handlung oder eine Reihe von Ereignissen, die (1) innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums droht, die Lebensqualität für die Bewohner eines Staates drastisch zu verringern, oder (2) die politischen Optionen einer staatlichen Regierung oder privater, nicht-regierungsnaher Einheiten (Personen, Gruppen, Unternehmen) innerhalb eines Staates signifikant einzuschränken droht“ (Ullman 1983: 133).

Beides traf auf die Ölkrisen von 1973 und 1979 zu, die die wirtschaftliche Verwundbarkeit hochindustrieller Gesellschaften durch absichtliche Boykotte einerseits und unbeabsichtigte Produktions- oder Lieferschwierigkeiten andererseits schlagartig bewusst machten. „Wirtschaftliche Sicherheit“ galt fortan als zentrales Ziel der Außenpolitik nicht nur in den USA (Mondale 1974), sondern auch in anderen westlichen Staaten wie Deutschland (Schmidt 1977). Ziel musste es dabei sein, eine erhebliche Minderung wirtschaftlichen Wohlergehens dadurch zu vermeiden, dass Lieferunterbrechungen zukünftig verhindert würden (Nye 1974; Maull 1984). Dies konnte auf unterschiedlichen Wegen geschehen: Einerseits durch die Verringerung einseitiger Abhängigkeiten und die Diversifizierung des Energiebedarfs, andererseits durch die Förderung kooperativer Handelsstrukturen und die Bildung von internationalen Energieversorgungsregimen; schließlich aber auch durch die militärische Absicherung der Transportwege und des Zugangs zu „strategischen Ressourcen“, die für das Überleben der westlichen Gesellschaften als „vital“ angesehen würden (Luttwak 1984).

Insofern bezeichnete es Joseph Nye als die eigentliche Lehre, die aus den Ölkrisen zu ziehen sei, dass ökonomische, politische und militärische Instrumente als Elemente der Ressour-



cenpolitik im Rahmen einer erweiterten Sicherheitspolitik integriert werden müssten (Nye 1982). Diese Erkenntnis hatte bereits US-Präsident Jimmy Carter umgesetzt, als er 1978 ein vitales nationales Sicherheitsinteresse der USA für den Nahen und Mittleren Osten reklamierte und damit die Bereitschaft signalisierte, wirtschaftliche Sicherheitsinteressen notfalls mit militärischen Mitteln zu verfolgen (Carter 1980). Angesichts steigender Ölpreise und absehbarer Rohstoffverknappung ist dieser Aspekt unter dem Begriff „Energiesicherheit“ (*energy security*) heute wieder ein aktuelles Thema (Yergin 2006).

### Ökologische Sicherheit

Eine weitere Ausdehnung erfuhr der Sicherheitsbegriff ab Mitte der 1980er Jahre mit der Fokussierung auf die Umweltzerstörung. 1987 stellte der Bundtland-Report fest, dass „nun Umweltbedrohungen für die Sicherheit in einem globalen Ausmaße entstehen“ (World Commission on Environment and Development 1987: 19). Seither werden verstärkt auch ökologische Belange unter dem Gesichtspunkt nationaler und internationaler Sicherheit diskutiert (Renner 1989; Myers 1989), so dass sich der amerikanische Außenminister James Baker schon 1990 zur Umweltpolitik als einem Kernstück amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik bekannte (Baker 1990).

Die Verbindung zwischen Umwelt und Sicherheit wurde dabei über die möglichen Konflikte hergestellt, die durch Umweltzerstörung entstehen können. Jessica Tuchman Mathews trat z.B. für eine aktive US-Umweltpolitik ein, weil „Umweltzerstörung gelegentlich direkt zu Konflikt führen kann“ (Tuchman Mathews 1989: 166). Als Beispiel diente ihr der Sturz des Marcos-Regimes auf den Philippinen, wo eine selbstzerstörerische Agrar- und Industriepolitik zusammen mit schnellem Bevölkerungswachstum zu wirtschaftlichem Niedergang und letztlich zum Fall des Regimes geführt habe. Die gleiche Argumentationsfigur kehrte auch bei anderen Autoren wieder, und es lag nahe zu fordern, „dass Teil der Antwort auf den Treibhauseffekt ein erneutes Nachdenken über die globale Projektion von Streitkräften sein muss, um die Gewalt einzudämmen, die regional durch Klimainstabilität wahrscheinlich entstehen wird“ (Brown 1989: 528).

Allerdings führt die Verbindung zwischen Umwelt und Sicherheit nicht zwingend zu einer Militarisierung der Umweltpolitik. Viele Autoren versuchten lediglich deutlich zu machen, dass die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen ebenso gefährlich sei wie eine militärische Bedrohung und entsprechende politische Aufmerksamkeit verdiene. Ihr Ziel war, mit dem ökologischen Sicherheitsbegriff die Menschen aufzurütteln und der Umweltpolitik den Status von *high politics* zu verschaffen. Allerdings blieben die Analysen, die einen ur-

sächlichen Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Gewaltkonflikten untersuchen, wenig aussagekräftig. Andererseits ist unstrittig, dass unter bestimmten Bedingungen Ressourcenkonflikte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen können.

### **Humanitäre Sicherheit**

Eine vierte Erweiterung der Sachdimension erfuhr der Sicherheitsbegriff nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, als man vermehrt innergesellschaftliche Konflikte thematisierte und Forderungen nach „humanitärer Sicherheit“ artikulierte. Damit war nach der Militär-, Wirtschafts- und Umweltpolitik der letzte große Problembereich internationaler Politik – nämlich die Menschenrechtspolitik – in den Bannkreis des Sicherheitsbegriffs gezogen. Dabei bezieht sich der Begriff „humanitäre Sicherheit“, anders als der Begriff „menschliche Sicherheit“, sowohl auf die Menschenrechtssituation sozialer Gruppen und Individuen, als auch auf die Sicherheit von Entwicklungs- und Katastrophenhelfern in Konfliktzonen.

Die Sicherung humanitärer Hilfe an die Bevölkerung in Krisenregionen ist wiederholt zum Anlass genommen worden, nicht nur Polizei-, Peacekeeping- und Peace-Enforcement-Truppen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – wie im Falle der Schutztruppe der Vereinten Nationen in Bosnien – zu autorisieren, sondern auch – wie im Falle der NATO im Kosovo – ohne VN-Mandat militärisch zu intervenieren. Dabei sind es häufig humanitäre Schutzzonen (*safe havens, humanitarian zones* etc.), die zum Kristallisationspunkt politischer Gewalt werden, weil ihr rechtlicher Status umstritten und die militärische Standhaftigkeit der internationalen Verteidiger unklar ist (Simon 2003). Das Massaker von Srebrenica ist dafür ein gutes Beispiel (Honig/Both 1997).

Der Begriff „humanitäre Sicherheit“ kann sich aber jenseits der Sicherung von Schutzzonen und zivilen Helfern auch direkt auf die Gewährleistung elementarer Menschenrechte beziehen. Hier geht der Begriff „humanitäre Sicherheit“ in den Begriff der „menschlichen Sicherheit“ über. Dabei macht die Nähe zum Konzept der „humanitären Intervention“ deutlich, wie leicht durch die begriffliche Verbindung von Menschenrechten und Sicherheit zumindest die Möglichkeit eröffnet wird, auch militärisch „humanitär“ zu handeln oder sogar „humanitäre Kriege“ zu führen (Woodward 2001; vgl. allgemein Holzgrefe 2003).

### **Kritik**

Die vielfach geäußerte Befürchtung, dass mit der Erweiterung der Sachdimension des Sicherheitsbegriffs zwar nicht-militärische Gefahren angesprochen werden können, aber die Möglichkeit bestehe, dass diese vom traditionellen Sicherheitsdenken gleichsam „kontami-

niert“ und in eine militärische Logik integriert würden, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Allerdings ist das nicht zwingend der Fall. Entscheidender scheint die Gefahr, dass der Sicherheitsbegriff durch seine extensionale Ausdehnung die empirische Diskriminierungsfähigkeit verliert: Wenn alles zu einem Sicherheitsproblem wird, verliert der Sicherheitsbegriff seine Bedeutung (vgl. Luciani 1989; Deudney 1990).

## **Erweiterung der Referenzdimension: nationale, gesellschaftliche und individuelle Sicherheit**

Die Referenzdimension des Sicherheitsbegriffs gibt an, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll: die des Nationalstaats, der Gesellschaft oder der Individuen. Obwohl das Referenzobjekt der Sicherheitspolitik mit dieser Abstufung immer präziser zu werden scheint, handelt es sich doch um eine Ausweitung des Sicherheitsbegriffs, insofern immer mehr Lebensbereiche dem Sicherheitsparadigma untergeordnet werden.

### **Nationale Sicherheit**

Die Geschichte des Sicherheitsbegriffs ist eng mit der Entstehung des europäischen Nationalstaates verbunden. Eine kursorische Lektüre der politischen Philosophie der Neuzeit insbesondere von Hobbes und Locke zeigt, wie sich in Europa der Nationalstaat langsam als politischer Akteur durchsetzt und diese Entwicklung mit der Sicherheit legitimiert wird, die er der Gesellschaft bietet. In diesem Prozess entwickelt der Staat eigene Sicherheitsinteressen, die sich nicht länger auf die Interessen der Gesellschaft reduzieren lassen. Sicherheit ist im europäisch-neuzeitlichen Verständnis deshalb zunächst die Sicherheit des (National-)Staates, der auf einer anderen Ebene qua Staatlichkeit den Schutz der Gesellschaft und der Individuen gewährleistet.

Dieses staatszentrierte Denken liegt auch dem Politischen Realismus zugrunde, dessen Konzept der „nationalen Sicherheit“ bis in die 1970er Jahre dominierend war. Weil keine übergeordnete Macht in der Lage ist, Sicherheit für alle zu gewährleisten, befänden sich die Staaten in einem Selbsthilfesystem und hätten die Aufgabe, zunächst das nationale Überleben zu gewährleisten (Waltz 1979). „Sicherheit“ wird in diesem Sinne als die Erhaltung der staatlichen Integrität und Selbstbestimmung verstanden bzw. als Situation, in der „der Staat in keiner Gefahr ist, seine zentralen Werte zu opfern, wenn er Krieg vermeiden möchte und in der Lage ist, wenn er herausgefordert wird, diese durch einen Sieg in so einem Krieg aufrecht zu erhalten“ (Lippmann 1943: 51).

Da diese Gefahr für europäische Staaten am ehesten von feindlichen Nachbarstaaten drohte,

lag es nahe, nationale Sicherheit bis in die 1970er Jahre eng mit externen militärischen Bedrohungen in Beziehung zu setzen. Dabei wurde aber übersehen, dass Staaten in der Dritten Welt ganz andere Sicherheitsprobleme hatten und eine Bedrohung eher von innen ausging. Folglich wurde hier „nationale Sicherheit“ in erster Linie als Regime-Sicherheit verstanden und in der Abwehr von Rebellionen und Aufständen gesehen (Thomas 1987; Job 1992; Ayooob 1995). Dabei erwies sich politische Legitimität oftmals als eine wichtigere Ressource als militärische Macht (vgl. Azar/Moon 1988).

### **Gesellschaftliche Sicherheit**

Die Doppelbedeutung von „Sicherheit“ als Schutz des Staates und der Gesellschaft hatten liberale Denker schon früh erfasst. Wilhelm von Humboldt schrieb 1792 in seinen „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“: „Diejenigen, deren Sicherheit erhalten werden muss, sind auf der einen Seite alle Bürger in völliger Gleichheit, auf der anderen der Staat selbst“ (Humboldt 1792/1967: 118). Im 20. Jahrhundert trat dieser Gedanke aber erst wieder hervor, als liberale Theorien der internationalen Politik die Vorherrschaft des Realismus brachen und das staatszentrierte Denken verabschiedeten (Keohane/Nye 1977; Doyle 1983).

Endlich wurde die Gesellschaft – in Form von Interessensgruppen, transnationalen Unternehmen, NGOs usw. – als Akteur begriffen und als eigenständiger Faktor der internationalen Politik wahrgenommen (Moravcsik 1997). Entsprechend verschob sich das Sicherheitsverständnis, das sich fortan nicht mehr nur auf den Staat, sondern auch auf die Gesellschaft bezog, zumal immer deutlicher wurde, dass die auf den Staat gerichtete Sicherheitspolitik nicht unbedingt immer der Gesellschaft zugute kam. Dabei wurde „gesellschaftliche Sicherheit“ (*societal security*) als die Fähigkeit definiert, in Zeiten des Wandels und angesichts möglicher und tatsächlicher Gefahren den wesentlichen Charakter einer Gesellschaft zu erhalten: „Um es genauer zu sagen: Es geht – innerhalb akzeptabler Bedingungen der Fortentwicklung – um die Beständigkeit traditioneller Muster, die Sprache, Kultur, das sozialen Zusammenleben sowie religiöse und nationale Identität und Lebensformen prägen“ (Wæver 1993: 23).

Dieser Sicherheitsbegriff trug den zahlreichen ethno-nationalistischen Konflikten Rechnung, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich wurden und die eine Konzeptualisierung von Sicherheit jenseits des Nationalstaates notwendig machten. Allerdings wurden dabei mitunter ethnischen Gruppen die gleichen Sicherheitsinteressen wie Staaten zugeschrieben und ein „ethnisches Sicherheitsdilemma“ analog zum zwischenstaat-

lichen Sicherheitsdilemma konstruiert (Posen 1993), ohne den dramatischen Identitätswandel zu bedenken, den politisierte ethnische Gruppen erleben. Damit erhielten ethnische Konflikte etwas Natürliches und Strategien, die auf Überwindung dieser Konflikte zielten, etwas Utopisches. Zweifellos liegt auch im Begriff der „gesellschaftlichen Sicherheit“ eine gewisse Gefahr der Reifizierung sozialer Kollektive.

### **Menschliche Sicherheit**

Während die Vorstellung gesellschaftlicher Sicherheit eher eine Ergänzung als eine Alternative zum staatszentrierten Begriff nationaler Sicherheit ist, beansprucht der Begriff „menschliche Sicherheit“, einen grundsätzlicheren Perspektivwechsel zu vollziehen. Der Begriff entstand im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und wurde alsbald von der *Commission on Global Governance* aufgenommen, die die Einsicht hervorhob, „dass globale Sicherheit über den Schutz von Grenzen, herrschenden Eliten und exklusiven Staatsinteressen hinausgeht und den Schutz der Menschen einbeziehen muss“ (Commission on Global Governance 1995: 89).

Auch diese Hinwendung zum einzelnen Individuum folgt einer theoretischen Akzentverschiebung in der Betrachtung internationaler Politik. Waren nämlich bis in die späten 1980er Jahre eher „kommunitaristische“ Perspektiven dominierend, die von Staaten oder sozialen Gruppen ausgingen, gewann insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges eine „kosmopolitische“ Perspektive zunehmend an Einfluss, die von einem Vorrang individueller Menschenrechte vor Gruppenrechten und staatlichen Souveränitätsrechten ausgeht (Cochran 1995). Schutzbedürftig sind demnach zuerst und vor allem individuelle Menschen und erst in zweiter Linie soziale Kollektive oder gar Staaten.

Mit diesem Perspektivwechsel geraten neue Gefahren für die menschliche Sicherheit in den Blick: Kriminalität, soziale Not, Krankheit, Armut, Arbeitslosigkeit, Migration, Drogen- und Waffenhandel und vieles mehr. Verschiedene Kommissionen und Forschungsgruppen haben versucht, diese Gefahren zu systematisieren und für die Forschung einerseits und die Politikformulierung andererseits zu operationalisieren. Die *Commission on Human Security* unter Vorsitz der ehemaligen VN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata, und des Nobelpreisträgers Amartya Sen beschreibt „*Human Security*“ als einen Ansatz, der „den Schutz von Menschen vor direkten und gravierenden Bedrohungen fokussiert und (beabsichtigt), sie dazu zu befähigen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen“ (Commission on Human Security 2003).

Trotz der guten Absicht ist kritisiert worden, dass der Begriff „menschliche Sicherheit so vage ist, dass er an Bedeutungslosigkeit grenzt – und deshalb wenig praktische Hilfestellung für Wissenschaftler bietet, die dieses Konzept anwenden wollen, oder für politische Entscheidungsträger, die zwischen konkurrierenden politischen Zielen wählen müssen“ (Paris 2001: 102). Dass trotzdem der Begriff „menschliche Sicherheit“ in den letzten Jahren eine so beispiellose Karriere insbesondere in internationalen Organisationen gemacht hat und sich Länder wie Kanada, Norwegen und Japan der Verbreitung dieses Konzepts verschrieben haben (vgl. z.B. Axworthy 1997), zeigt, dass es darum auch gar nicht geht. Vielmehr spiegelt der Begriff ein Bedürfnis wider, gewandelten gesellschaftlichen Wertvorstellungen auch politischen Ausdruck zu verleihen.

## **Erweiterung der Raumdimension: territoriale, regionale, internationale und globale Sicherheit**

Die Raumdimension des Sicherheitsbegriffs bestimmt, auf welche geographischen Gebiete sich die Sicherheitspolitik bezieht: den Territorialstaat, die Region, das internationale Staatensystem oder das globale Weltsystem.

### **Territoriale Sicherheit**

Sicherheitspolitik im Sinne nationaler Sicherheit orientiert sich an den Werten territorialer Unversehrtheit und gesellschaftlicher Selbstbestimmung (Smoke 1987). Drei Aspekte sind für die geopolitische Imagination des modernen Staates entscheidend: Erstens die Vorstellung, dass ein Staat exklusive Herrschaft über ein präzise bestimmtes Gebiet ausübt, also territoriale Souveränität besitzt; zweitens die Idee, dass Innen- und Außenpolitik kategorial verschieden sind und deshalb nach unterschiedlichen Regeln verlaufen; drittens die Ansicht, dass die Grenzen des Staates auch die Begrenzung der Gesellschaft bedeuten (oder bedeuten sollen), also Staat und Nation zusammen fallen. Der moderne Staat unterscheidet sich somit von allen anderen Organisationen darin, dass er den Anspruch vollkommener Souveränität über ein klar begrenztes Territorium erhebt. Diesen Anspruch zu verteidigen und territoriale Sicherheit zu gewährleisten, ist sein oberstes Ziel (Agnew 1998: 51).

Sicherheitspolitik, die sich an diesem sog. Container-Modell des Staates orientiert, ist relativ einfach, weil sie sich auf die Sicherung der Grenzen und die Verteidigung strategischer Räume konzentrieren kann, um äußere Bedrohungen abzuwehren. Das Modell der Territorialverteidigung war lange Zeit gültig, auch wenn es im Rahmen des Ost-West-Konflikts Tendenzen gab, das Territorialprinzip auf „Alliierte und Freunde“ auszudehnen und fremde



Gebiete entweder unter den Schirm nuklearer Abschreckung (*extended deterrence*) zu nehmen oder durch andere Sicherheitsgarantien oder Bekundungen vitaler Interessen quasi-territoriale Sicherheitsansprüche zu erheben. Trotz zahlreicher peripherer Kriege blieb der Kalte Krieg ein an traditionellen geopolitischen Vorstellungen der Territorialität orientierter Konflikt (Dalby 1990).

### Regionale Sicherheit

Gleichwohl gab es früh Ansätze, die auf die Überwindung territorialstaatlicher Sicherheit zielten und eine regionale Integration in größeren „Sicherheitsgemeinschaften“ (*security communities*) vorsahen. Karl W. Deutsch bezeichnete so die Allianzbildung im nordatlantischen Raum, wobei er mehr auf den regionalen Gewaltverzicht zwischen den Bündnispartnern und ihre politische Kooperation abhob als auf die Konfrontation mit dem äußeren Gegner (Deutsch 1954). Erst als mit der Entspannungspolitik auch Konzepte „gemeinsamer Sicherheit“ (*common security*) entstanden (Schubert 1992), wurden Möglichkeiten der blockübergreifenden regionalen Sicherheit in Europa thematisiert.

Im Prinzip ist regionale Sicherheit aber ein Gedanke, der schon bei der Gründung der Vereinten Nationen eine Rolle gespielt hatte. In Kapitel VIII der VN-Charta wird dargelegt, wie „Regionale Arrangements“ einen Beitrag zur universalen Ordnungspolitik leisten sollen: nämlich als Unterorganisationen der Vereinten Nationen und unter der Hauptverantwortung des Sicherheitsrates (Moore 1971). Gleichzeitig blieb jedoch auch das Recht erhalten, regionale Bündnisse zur kollektiven Verteidigung zu gründen, was der Idee universeller kollektiver Sicherheit eigentlich widerspricht (Wolfers 1959). Die Konsequenzen dieser Ambivalenz zeigten sich erst, als im Zuge des Kalten Krieges der Regionalismus über die universalistische Grundidee der Vereinten Nationen triumphierte und die regionalen Militäralianzen NATO und Warschauer Pakt auf Kosten der Vereinten Nationen an Bedeutung gewannen.

Die Bedeutung regionaler Konflikte und regionaler Lösungsstrategien während des Kalten Krieges und unmittelbar danach fand ihren Niederschlag auch in der Wissenschaft (Nye 1971; Daase 1993; Ayooob 1995). Barry Buzan identifizierte sog. regionale Sicherheitskomplexe (*regional security complexes*), in denen Staaten so miteinander verbunden sind, dass ihre nationale Sicherheit nicht unabhängig von der Sicherheit der anderen Staaten der Region betrachtet werden könne (Buzan 1991: 190). Ziel war es dabei, die integrativen und desintegrativen Dynamiken der Regionen zu erforschen und die Erfolgsbedingungen für die Entstehung von regionalen Sicherheitsgemeinschaften zu identifizieren (Adler/Barnett 1998).



## Internationale Sicherheit

Sicherheitspolitik im Sinne internationaler Sicherheit ist an den Werten staatlicher Koexistenz und zwischenstaatlicher Stabilität orientiert. Ihr liegt – anders als dem territorialstaatlichen Sicherheitskonzept, das eher dem Realismus nahe steht – ein liberal-rationalistisches Politikverständnis zugrunde, das davon ausgeht, dass nutzenmaximierende Akteure selbst unter der Bedingung struktureller Anarchie kooperieren können (Axelrod 1984; Keohane 1989). Indem internationale Institutionen den Austausch von Informationen ermöglichen und Transaktionskosten senken, helfen sie dabei, Kooperationsprobleme zu lösen und dauerhafte Zusammenarbeit auch im Bereich der Sicherheitspolitik zu ermöglichen (Martin 1992; Haftendorn et al. 1999).

Entscheidend dabei ist, dass „Sicherheit“ nicht mehr nur als Eigenschaftsbegriff in Bezug auf ein nationales Territorium, sondern als Verhältnisbegriff auf die Beziehung zwischen mehreren Staaten bezogen wird. Internationale Sicherheitspolitik kann folglich auch nicht einseitig betrieben werden, sondern muss multilateral im Rahmen zwischenstaatlicher Institutionen abgestimmt werden. Genau das ist die Lehre, die aus der nuklearen Interdependenz der Supermächte gezogen worden war. Beide Seiten erkannten das gemeinsame Interesse, einen Nuklearkrieg ebenso zu vermeiden wie einen ungebremsten Rüstungswettlauf. Erst auf dieser Grundlage konnten kooperative Strategien der Rüstungskontrolle entwickelt werden, deren Ziele internationale Sicherheit und Stabilität waren.

## Globale Sicherheit

Die Stabilitätsorientierung internationaler Sicherheitspolitik war freilich vielen ein Dorn im Auge, weil sie nicht im Interesse der Überwindung des Ost-West-Konflikts zu sein schien. Als Alternative wurde deshalb Anfang der 1980er Jahre der Begriff der „globalen Sicherheit“ ins Spiel gebracht. Die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eingerichtete „Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ (kurz: Palme-Kommission nach ihrem Vorsitzenden Olof Palme) plädierte 1982 in ihrem Abschlussbericht „Common Security“ nicht nur für eine Überwindung des Abschreckungssystems durch Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern darüber hinaus für eine Transformation des internationalen Systems. Ziel müsse der Übergang von einer internationalen Gesellschaft zu einer globalen Weltgesellschaft sein.

Sicherheitspolitik im Sinne globaler Sicherheit ist an den universellen Menschenrechten und den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen orientiert. Insofern besteht eine klare Verbindung zum Konzept der „menschlichen Sicherheit“. „Global“ ist diese Politik aber vor

allem insofern, als eine post-westfälische Weltgesellschaft postuliert und allen Menschen auf der Welt das gleiche Recht auf Sicherheit zugesprochen wird (Linklater 1998). Helga Haftendorn bezeichnete das Konzept der „globalen Sicherheit“ deshalb im Sinne Ernst Blochs als „konkrete Utopie: noch nicht real vorhanden, aber theoretisch möglich“ (Haftendorn 1993: 33).

## **Erweiterung der Gefahrendimension: Bedrohung, Verwundbarkeit und Risiko**

Der letzte Aspekt der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs betrifft die Gefahrendimension, die bestimmt, wie die Unsicherheit definiert wird, die sicherheitspolitisch überwunden werden soll. Denn wenn man das Diktum von Arnold Wolfers ernst nimmt, Sicherheit sei nichts als die Abwesenheit von Unsicherheit (Wolfers 1962: 148), dann erkennt man, dass Sicherheit sehr unterschiedlich konzeptionalisiert werden kann: als Abwehr von Bedrohungen, als Verringerung von Verwundbarkeit und als Reduzierung von Risiken. Mit jedem Schritt wird dabei die Gefahr weniger konkret und die Anforderung an die Sicherheitspolitik im Sinne einer Daseinsvorsorge immer komplexer (Daase 1991b).

### **Bedrohung**

Die Konzeptualisierung von Sicherheit über den Begriff der Bedrohung ist wiederum eng mit den Annahmen des Realismus verbunden. Wie bereits dargestellt, geht der Realismus von einer permanenten Bedrohungssituation aus, der sich Staaten im internationalen System ausgesetzt sehen. Sicherheit herrscht dann, wenn Bedrohungen nicht existieren, sie erfolgreich abgewehrt werden oder mit entsprechenden Gegendrohungen ausbalanciert werden können. Bedrohungen setzen dabei drei Elemente voraus: die Existenz eines gegnerischen Akteurs, eine feindliche Intention und ein militärisches Potenzial (Daase 2002: 15).

Im Kalten Krieg existierte so eine Bedrohung für beide Seiten. Sowohl der Westen als auch der Osten nahmen die jeweils andere Seite als Gegner wahr, schrieben diesem Gegner feindliche Absichten zu und empfanden seine militärischen Potenziale als existenzbedrohend. Entsprechend wurde Sicherheit während des Kalten Krieges als die Sicherheit vor einer Bedrohung konzeptionalisiert, die einerseits über Bedrohungsabwehr durch Abschreckung oder andererseits über Bedrohungsminderung durch Rüstungskontrolle und Entspannung gemindert werden konnte. Sicherheitspolitik bestand folglich aus Bedrohungsabwehr.

## Verwundbarkeit

Das Verständnis von Sicherheitspolitik ändert sich, sobald Sicherheit nicht mehr über den Begriff der Bedrohung, sondern über den der Verwundbarkeit definiert wird. „Verwundbarkeit“ ist mit dem Interdependenzansatz Mitte der 1970er Jahre zu einem wichtigen Begriff in der Theorie Internationaler Beziehungen geworden. Mit zunehmender Verflechtung verlieren militärische Machtpotenziale an Bedeutung, während ökonomische und ökologische Fragen wichtiger werden. In interdependenten Beziehungen habe die Anwendung militärischer Mittel so hohe Kosten, dass Krieg als Mittel der Politik unzweckmäßig werde. Allerdings entstünden neue Gefahren, die dann, wenn ein Staat ökonomisch abhängig ist (z.B. von der Lieferung natürlicher Ressourcen), zu unakzeptablen Kosten führen können.

Mit dem Begriff „Verwundbarkeit“ wird das Maß an zwischenstaatlicher Abhängigkeit beschrieben, wenn im Falle einer Krise effiziente Politikalternativen nicht zur Verfügung stehen und die erwarteten Kosten die „Empfindlichkeitsstufe“ überschreiten (Keohane/Nye 1977: 13). Der Effekt zunehmender Interdependenz ist demnach, dass Staaten weniger durch militärische Bedrohungen, aber mehr durch ökonomische Verwundbarkeit in ihrer Sicherheit gefährdet sind. Sie werden deshalb versuchen, einseitige Abhängigkeitsverhältnisse zu reduzieren. Denn ihre Sicherheit steigt in dem Maße, in dem ihre Verwundbarkeit abnimmt.

Entscheidend ist, dass eine Sicherheitsgefährdung unter diesen Umständen ohne einen konkreten Gegner auskommt. Es genügt, die potenzielle Gefahr anhand einer Verwundbarkeit zu identifizieren. Zur Reduzierung der Verwundbarkeit sind prinzipiell zwei Strategien denkbar: Erstens das Verringern einseitiger Abhängigkeit durch Diversifizierung z.B. des Bezugs natürlicher Ressourcen; zweitens das Verhindern, dass die eigene Abhängigkeit von einem anderen Akteur politisch ausgenutzt werden kann.

## Risiko

Während im Kalten Krieg von einer Bedrohung ausgegangen wurde, wurden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verstärkt neue Risiken wahrgenommen (Daase 2002). Im Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ heißt es: „Die existentielle Bedrohung, die im Kalten Krieg für Deutschland bestand, hat sich aufgelöst [...]. Gleichwohl ist auch das neue Sicherheitsumfeld nicht gefähderungsfrei. An die Stelle der einen großen Bedrohung ist eine Vielzahl kleinerer – nicht-militärischer wie militärischer – Risiken und Herausforderungen getreten“ (Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ 2000: 24). Folglich werden heute nicht nur nukleare Prolife-

ration, organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus, sondern auch Drogenhandel, Migration und viele andere Probleme als internationale Sicherheitsrisiken bezeichnet.

Risiken beziehen sich nicht wie Bedrohungen auf territorial begrenzte Räume oder wie Verwundbarkeit auf kollektive Güter, sondern auf gesellschaftliche Funktionszusammenhänge. Folglich muss sich, damit Risiken begegnet werden kann, die Sicherheitspolitik ändern. Sie kann nicht länger reaktiv sein, wie im Falle von Bedrohungen, sondern sie muss proaktiv werden und den Risiken „begegnen“. Ziel muss es nämlich sein, im Vorfeld ein Risiko zu identifizieren und es zu entschärfen, bevor es zu einer akuten Bedrohung angewachsen ist. Das Problem besteht allerdings darin zu bestimmen, wann ein Risiko so groß ist, dass sicherheitspolitische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Denn Risikoanalysen können Ungewissheit nie ganz ausräumen, so dass für politische Interpretation und Manipulation ein großer Spielraum bleibt.

Tatsache aber ist, dass Risiken eine Sicherheitspolitik erfordern, die aktiver und offensiver ist als eine Politik, die auf Sicherheitsbedrohungen antwortet, sowie eine, die über die Reduzierung eigener Verwundbarkeit hinausgeht und die Ursache der Gefahr angreift. Ein gutes Beispiel dafür ist die Antiterrorstrategie der USA. Um das Risiko des Terrorismus – insbesondere des Nuklearterrorismus – zu reduzieren, ist eine proaktive Sicherheitsstrategie entwickelt worden, die diplomatische Präventionsmaßnahmen ebenso vorsieht wie präventive Kriegführung. In ihr hieß es 2002 programmatisch: „Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option präemptiver Aktionen offen gehalten, um gegen eine hinlängliche Bedrohung vorzugehen. Je größer die Bedrohung, desto größer ist das Risiko der Untätigkeit – und desto zwingender die Notwendigkeit, antizipatorische Maßnahmen zu unserer Verteidigung zu ergreifen, selbst wenn eine Ungewissheit hinsichtlich der Zeit und des Ortes des gegnerischen Angriffs bestehen bleibt. Um solche feindlichen Akte durch unsere Gegner zu verhindern oder ihnen zuvorzukommen, werden die Vereinigten Staaten, wenn notwendig, präemptiv handeln“ (The National Security Strategy of the United States of America 2002: 15). Der Irakkrieg, der 2003 begann, war in diesem Sinne ein angekündigter Krieg, nur dass es sich nicht um einen präemptiven, sondern um einen präventiven Krieg handelt.

## FAZIT

Der Sicherheitsbegriff gehört zu den am meisten umstrittenen Begriffen in der internationalen Politik. Das ist so, weil mit dem Sicherheitsbegriff über die Priorität politischer Ziele entschieden und die Wahl angemessener Strategien bestimmt wird. Die schrittweise Erweiterung des Sicherheitsbegriffs zeigt, wie politische Veränderungen Reaktionen in der politischen Begrifflichkeit nach sich ziehen und wie begriffliche Neuerungen politische Konsequenzen zur Folge haben.

Vier Dimensionen der Erweiterung konnten identifiziert werden: eine Sachdimension, eine Referenzdimension, eine Raumdimension und eine Gefahrendimension. In allen Dimensionen zeigt sich, dass der Sicherheitsbegriff seit den 1950er Jahren kontinuierlich erweitert wurde. Damit wird zum einen einer gewandelten politischen Umwelt Rechnung getragen: dem Ende des Ost-West-Konflikts, dem Entstehen neuer Gefährdungen durch Terrorismus usw. Zum anderen werden aber auch neue gesellschaftliche Wertüberzeugungen in die sicherheitspolitische Diskussion integriert: die zunehmende Bedeutung individueller Menschenrechte, die Sorge um die Erhaltung der Lebensgrundlagen usw. Darüber hinaus spiegelt die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs die Entwicklung wider, in immer größeren Kategorien zu denken: nicht nur die eigene nationale Lage, sondern die regionale oder gar globale Situation zu bedenken. Schließlich dokumentiert der erweiterte Sicherheitsbegriff auch das Bewusstsein für zunehmend komplexer werdende internationale Zusammenhänge: Zusammenhänge, die wir nicht übersehen können und denen ein hohes Maß an Ungewissheit zukommt, so dass sie allenfalls als Risiken begriffen werden können. So gesehen ist der Sicherheitsbegriff ein Spiegel der politischen Veränderungen, aber die politischen Veränderungen sind auch ein Spiegel der Sprache.

## LITERATUR

- ADLER, Emanuel/Barnett, Michael, 1998: Security Communities in Theoretical Perspective, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (eds.): Security Communities. Cambridge, pp. 2-28.
- AGNEW, John A., 1998: Geopolitics: Re-Visioning World Politics. London, New York.
- AUSTIN, John L., 1975: How to Do Things with Words, 2nd Edition. Oxford.
- AXELROD, Robert, 1984: The Evolution of Cooperation. New York.
- AXWORTHY, Lloyd, 1997: Canada and Human Security: The Need for Leadership, in: International Journal, vol. 52, no. 2, pp. 183-196.
- AYOUB, Mohammed, 1995: The Third World Security Predicament. State Making, Regional Conflict, and the International System. London.
- AZAR, Edward E./Moon, Chung-in (eds.), 1988: National Security in the Third World: The Management of Internal and External Threats. College Park.
- BAKER, James, 1990: Rede bei der National Governors' Association, in: Amerika Dienst, 28. Februar 1990.
- BRENNAN, Donald G. (ed.), 1961: Arms Control, Disarmament and National Security. New York.
- BRODIE, Bernard, 1959: Strategy in the Missile Age. Princeton.
- BROWN, Nevile, 1989: Climate, Ecology and International Security, in: Survival, vol. 31, no. 6, pp. 519-532.
- BULL, Hedley, 1961: The Control of the Arms Race: Disarmament and Arms Control in the Missile Age. London.
- BUZAN, Barry, 1991: People, States and Fear. An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era. Boulder.
- CARR, Edward H., 1939: The Twenty Year's Crisis, 1919-1939. New York.
- CARTER, Jimmy, 1980: Botschaft des Präsidenten Jimmy Carter vom 23. Januar 1980 an den Kongress über die Lage der Nation, in: Czempiel, Ernst-Otto/Schweitzer, Carl-Christoph (Hrsg.), 1984: Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente. Bonn, S. 377-381.
- COCHRAN, Molly, 1995: Cosmopolitanism und Communitarianism in a Post-Cold War World, in: MacMillan, John/Linklater, Andrew: Boundaries in Question. New Directions in International Relations. New York, pp. 40-53.
- COMMISSION ON GLOBAL GOVERNANCE, 1995: Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn.



- COMMISSION ON HUMAN SECURITY, 2003: Outline of the Report of the Commission on Human Security, in: <http://www.humansecurity-chs.org/finalreport/Outlines/outline.html>; (19.06.2008).
- CONNOLLY, William E., 1974: *The Terms of Political Discourse*. Oxford.
- DAASE, Christopher, 1991a: Der erweiterte Sicherheitsbegriff und die Diversifizierung amerikanischer Sicherheitsinteressen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 32, Nr. 3, S. 425-451.
- DAASE, Christopher, 1991b: Bedrohung, Verwundbarkeit und Risiko in der „Neuen Weltordnung“. Zum Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik, in: *Antimilitarismusinformation*, Jg. 21, Nr. 7, S. 13-21.
- DAASE, Christopher, 1993: Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Eine Einführung, in: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/Moltmann, Bernhard/Schmid, Claudia (Hrsg.): *Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt*. Baden-Baden, S. 67-87.
- DAASE, Christopher, 2002: Internationale Risikopolitik. Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Peters, Ingo (Hrsg.): *Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden, S. 9-35.
- DALBY, Simon, 1990: *Creating the Second Cold War. The Discourse of Politics*. London.
- DEITCHMAN, Seymour J., 1969: *Limited War and American Defense Policy. Building and Using Military Power in a World at War*, 2nd Edition. Cambridge.
- DEUDNEY, Daniel, 1990: The Case Against Linking Environmental Degradation and National Security, in: *Millennium*, vol. 19, no. 3, pp. 461-476.
- DEUTSCH, Karl W., 1954: *Political Community at the International Level. Problems of Definition and Measurement*. Garden City, New York.
- DOYLE, Michael, 1983: Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs, in: *Philosophy and Public Affairs*, vol. 12, no. 3-4, pp. 205-235, 323-353.
- FREI, Daniel, 1977: *Sicherheit. Grundfragen der Weltpolitik*. Stuttgart.
- GADDIS, John L., 1982: *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*. Oxford.
- GALLIE, William B., 1956: Essentially Contested Concepts, in: *Proceedings of the Aristotelian Society*, vol. 56, pp. 167-198.
- GILPIN, Robert, 1981: *War and Change in World Politics*. Cambridge.
- GOLDBLAT, Josef, 1996: *Arms Control. A Guide to Negotiations and Agreements*. London.



- HAFTENDORN, Helga, 1993: Das Sicherheitspuzzle: Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Moltmann, Bernhard/Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Baden-Baden, S. 13-38.
- HAFTENDORN, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (eds.), 1999: Imperfect Unions. Security Institutions Over Time and Space. Oxford.
- HALPERIN, Morton H., 1962: Limited War. An Essay on the Development of Theory and an Annotated Bibliography. Cambridge.
- HANNAPPEL, Hans/Melenk, Hartmut, 1981: Pragmatik der Wertbegriffe, in: Frier, Wolfgang (Hrsg.): Pragmatik. Theorie und Praxis. Amsterdam, S. 209-236.
- HERZ, John H., 1950: Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: World Politics, vol. 2, no. 2, pp. 157-180.
- HOLZGREFE, Jeff L., 2003: Humanitarian Intervention. Ethical, Legal and Political Dilemmas. Cambridge.
- HONIG, Jan W./Both, Norbert, 1997: Srebrenica: Der größte Massenmord in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. München.
- HUMBOLDT, Wilhelm von, 1792/1967: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. Stuttgart.
- JERVIS, Robert, 1978: Cooperation Under the Security Dilemma, in: World Politics, vol. 30, no. 2, pp. 167-214.
- JOB, Brian, 1992: The Insecurity Dilemma: National, Regime, and State Securities in the Third World, in: Job, Brian (ed.): The Insecurity Dilemma: National Security of Third World States. Boulder, Col., pp. 11-35.
- KAUFMANN, Franz-Xaver, 1973: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, 2. Auflage. Stuttgart.
- KEOHANE, Robert O., 1989: Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics, in: Keohane, Robert O. (ed.): International Institutions and State Power: Essays in International Relations Theory. Boulder, pp. 1-20.
- KEOHANE, Robert O./Nye, Joseph S., 1977: Power and Interdependence. World Politics in Transition. Boston.
- KOMMISSION „GEMEINSAME SICHERHEIT UND ZUKUNFT DER BUNDESWEHR“ (Hrsg.), 2000: Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Bonn, in: [http://www.spdfraktion.de/rs\\_datei/0,,1663,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/rs_datei/0,,1663,00.pdf); (19.06.2008).
- KOSELLECK, Reinhart, 1979: Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main, S. 107-129.

- KRELL, Gert, 1980: Die Entwicklung des Sicherheitsbegriffs, in: Beiträge zur Konfliktforschung, Jg. 10, Nr. 3, S. 33-57.
- LINKLATER, Andrew, 1998: The Transformation of Political Community. Ethical Foundations of the Post-Westphalian Era. Cambridge.
- LIPPMANN, Walter, 1943: U.S. Foreign Policy: Shield of the Republic. Boston.
- LÜBBE, Hermann, 1975: Der Streit um Worte. Sprache und Politik, in: Kaltenbrunner, Günther (Hrsg.): Sprache und Herrschaft. München, S. 87-111.
- LUCIANI, Giacomo, 1989: The Economic Content of Security, in: Journal of Public Policy, vol. 8, no. 2, pp. 151-173.
- LUTTWAK, Edward N., 1984: Intervention and Access to Natural Resources, in: Bull, Hedley (ed.): Intervention in World Politics. Oxford, pp. 79-94.
- MARTIN, Lisa L., 1992: Interests, Power, and Multilateralism, in: International Organization, vol. 46, no. 4, pp. 765-792.
- MAULL, Hanns W., 1984: Raw Materials, Energy, and Western Security. London.
- MONDALE, Walter F., 1974: Beyond Détente: Toward International Economic Security, in: Foreign Affairs, vol. 53, no. 1, pp. 1-23.
- MOORE, John N., 1971: The Role of Regional Arrangements in the Maintenance of World Order, in: Black, Cyril E./Falk, Richard E. (eds.): The Future of International Legal Order. Princeton, pp. 122-164.
- MORAVCSIK, Andrew, 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization, vol. 51, no. 4, pp. 513-553.
- MORGENTHAU, Hans J., 1948: Politics Among Nations. New York.
- MYERS, Norman, 1989: Environment and Security, in: Foreign Policy, no. 74, pp. 23-41.
- NYE, Joseph S., 1971: Peace in Parts. Boston.
- NYE, Joseph S., 1974: Kollektive wirtschaftliche Sicherheit, in: Europa Archiv, Jg. 24, Nr. 19, S. 650-664.
- NYE, Joseph S., 1982: Energy Security Strategy, in: Huntington, Samuel P. (ed.): The Strategic Imperative. New Policies for American Security. Cambridge, pp. 301-329.
- PARIS, Roland, 2001: Human Security: Paradigm Shift or Hot Air, in: International Security, vol. 26, no. 2, pp. 87-102.
- POSEN, Barry R., 1993: The Security Dilemma and Ethnic Conflict, in: Brown, Michael E. (ed.): Ethnic Conflict and International Security. Princeton, pp. 103-124.
- RENNER, Michael, 1989: National Security: The Economic and Environmental Dimensions. Washington, D.C.
- SCHELLING, Thomas C., 1960: The Strategy of Conflict. Cambridge.

- SCHMIDT, Helmut, 1977: Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit. Vortrag des Bundeskanzlers vor dem International Institute for Strategic Studies in London am 28. Oktober 1977, in: Schubert, Klaus von (Hrsg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1945/1977, Teil 2. Köln, S. 618-631.
- SCHUBERT, Klaus von, 1992: Von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von Solms, Friedhelm. Baden-Baden.
- SIMON, Annette, 2003: UN-Schutzzonen – Ein Schutzinstrument für verfolgte Personen? Heidelberg.
- SKINNER, Quentin, 1989: Language and Political Change, in: Ball, Terence/Farr, James/Hanson, Russell L. (eds.): Political Innovation and Conceptual Change. Cambridge, pp. 6-23.
- SMOKE, Richard, 1987: National Security and the Nuclear Dilemma. New York.
- THE NATIONAL SECURITY STRATEGY OF THE UNITED STATES OF AMERICA, 2002, in: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>; (19.06.2008).
- THOMAS, Caroline, 1987: In Search of Security. The Third World in International Relations. Brighton.
- TUCHMAN, Mathews J., 1989: Redefining Security, in: Foreign Affairs, vol. 68, no. 2, pp. 162-177.
- ULLMAN, Richard H., 1983: Redefining Security, in: International Security, vol. 8, no. 1, pp. 129-153.
- WALTZ, Kenneth N., 1979: Theory of International Politics. New York.
- WÆVER, Ole, 1989: Security The Speech Act. Analysing the Politics of a Word, Copenhagen Centre for Peace and Conflict Research, Working Paper, no. 19. Copenhagen.
- WÆVER, Ole, 1993: Societal Security: The Concept, in: Wæver, Ole/Buzan, Barry/Kelstrup, Morten/Lemaitre, Pierre (eds.): Identity, Migration and the New Security Agenda in Europe. London, pp. 17-40.
- WÆVER, Ole, 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie (ed.): On Security. New York, pp. 46-86.
- WOHLSTETTER, Albert, 1959: The Delicate Balance of Terror, in: Foreign Affairs, vol. 37, no. 2, pp. 211-234.
- WOLF, Joseph J., 1977: The Growing Dimensions of Security. Washington, D.C.
- WOLFERS, Arnold, 1959: Collective Defense versus Collective Security, in: Wolfers, Arnold (ed.): Alliance Policy in the Cold War. Baltimore, pp. 49-74.
- WOLFERS, Arnold, 1962: Discord and Collaboration: Essays on International Politics. Baltimore.

WOODWARD, Susan L., 2001: Humanitarian War: A New Consensus?, in: Disasters, vol. 25, no. 4, pp. 331-344.

WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT, 1987: Our Common Future. Oxford.

YERGIN, Daniel, 2006: Ensuring Energy Security, in: Foreign Affairs, vol. 85, no. 2, pp. 69-82.